

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/1395 –

Gute Schule machen – Unterrichtsversorgung sichern, Unterrichtsqualität fortentwickeln, Schulen stärken

I. Der Landtag stellt fest,

dass Schulpolitik in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren eine stete Weiterentwicklung von Struktur, Pädagogik und Personalplanung bewirkt hat. Besonders zu nennen sind hierbei die Einführung der Vollen Halbtagschule, die Schwerpunktschulen, integrative Schulangebote, die Einführung der Regionalen Schule sowie der Dualen Oberschule, die Entwicklung der Ganztagschule, die Reform des berufsbildenden Schulsystems, die Öffnung der Schulen für Wirtschaft und Gesellschaft, die Entwicklung selbstverantwortlichen Arbeitens an den Schulen sowie die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Im Vergleich 2008 zu 1990 wurden bzw. werden zudem mehr als 7 100 Planstellen und Stellen geschaffen, einschließlich der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter und Referendarinnen und Referendare.

II. Der Landtag begrüßt

- die erfolgreichen Anstrengungen von Landesregierung, Schulaufsicht und Schulen zum Erreichen einer verlässlichen strukturellen Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau, insbesondere die Ausweitung des Projekts Erweiterte Selbstständigkeit (PES) auf alle weiterführenden Schulen sowie den Ausbau des Angebots an Feuerwehrlehrkräften zur Vermeidung temporären Unterrichtsausfalls. Die jährliche schulbezogene Darstellung der strukturellen Unterrichtsversorgung sorgt für eine bundesweit einmalige Transparenz der Personalsituation an Schulen;
- die von der Landesregierung im vergangenen Jahrzehnt eingeleitete Offensive zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Qualität an rheinland-pfälzischen Schulen. Dazu gehören neben der Teilnahme an nationalen und internationalen Leistungsvergleichsstudien bzw. Vergleichsarbeiten, der verpflichtenden Erarbeitung von schuleigenen Qualitätsprogrammen und Weiterbildungsplanungen auch die Stärkung der Selbstverantwortung der Schulen sowie die Einführung von allgemein gültigen Bildungsstandards. Die Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) wird künftig den Schulen mit der erforderlichen Unterstützung zur Seite stehen und neue Beratungsmöglichkeiten eröffnen;
- die vielfältigen Unterstützungsangebote für alle Schulen durch die im Land tätigen pädagogischen Serviceeinrichtungen sowie die für die inhaltliche und pädagogische Fortentwicklung äußerst fruchtbare Kooperation mit den vielen außerschulischen Partnern.

III: Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- alle pädagogisch verantwortbaren Möglichkeiten zu nutzen, um eine verlässliche strukturelle Unterrichtsversorgung auch weiterhin auf hohem Niveau zu sichern,
- zu überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Schulträger bei der ihnen zugewiesenen Aufgabe der technischen Schulausstattung so zu beraten, dass durch qualifizierte und kompatible Software die Schulen von bürokratischem Aufwand entlastet werden,
- dafür Sorge zu tragen, dass für die statistische Erfassung und Dokumentation der Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz keine Datenerfassungssysteme entwickelt und eingeführt werden, die den bürokratischen Aufwand für die Schulen deutlich erhöhen würden. Schulen müssen sich auf ihre pädagogische und organisatorische Arbeit konzentrieren können,
- über den temporären Unterrichtsausfall aller am Projekt Erweiterte Selbstständigkeit teilnehmenden Schulen ab dem Schuljahr 2007/2008 zeitnah und in geeigneter Weise zu informieren und für die übrigen Schulen die Einführung eines Verfahrens zu prüfen, durch welches jährlich zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt und für einen noch zu bestimmenden Zeitraum der temporäre Unterrichtsausfall erfasst werden kann,
- die Offensive für mehr Qualität an den Schulen in Rheinland-Pfalz entschieden fortzuentwickeln,
- dafür Sorge zu tragen, dass die Eltern und Schülerinnen und Schüler im Rahmen der externen Evaluation der Schulen durch die Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) sowie bei der weiteren Qualitätsentwicklung einbezogen und beteiligt werden,
- in Ergänzung der ab 2008/2009 bundesweit vorgesehenen Vergleichsarbeiten in der Grundschule – die maßgeblich auf dem rheinland-pfälzischen Projekt VERA basieren und in allen 3. Klassen durchgeführt werden – verbindliche flächendeckende Leistungsüberprüfungen in der Sekundarstufe I einzuführen,
- sicherzustellen, dass die Schulen die Ergebnisse dieser Vergleichsarbeiten zur Stärkung des Prinzips der individuellen Förderung an den Schulen einsetzen werden,
- die Effizienz der pädagogischen Serviceeinrichtungen im Land durch eine klare bedarfs- und nachfrageorientierte Ausrichtung auch in der Fläche noch weiter zu erhöhen.

Für die Fraktion:
Barbara Schleicher-Rothmund